

KOMMENTAR

Der Senat gewinnt den Machtkampf

Nun haben sie also doch klein beigegeben. Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die zum 1. Januar nahezu 22.000 Mieterhöhungen an ihre Mieter verschickt haben, wollen keine weiteren Erhöhungen mehr eintüten. Gut möglich, dass auch die schon verschickten Aufschläge – teilweise bis 14 Prozent – modifiziert werden.

Denn Rot-Rot-Grün hat in seinem Koalitionsvertrag beschlossen, dass Degewo und Co. künftig nur noch 2 Prozent pro Jahr mehr an Miete verlangen dürfen. Noch aber hat der Senat mit den Wohnungsbaugesellschaften

VON UWE RADA
Degewo und Co. an die kurze Leine nehmen

keine entsprechende Vereinbarung geschlossen. Rechtlich war das Vorpreschen also korrekt, politisch aber war es eine Machtprobe. Die hat nun der Senat gewonnen.

Bausenatorin Lompscher (Linke) hatte schon vor dem Wochenende angekündigt, die Erhöhungen wieder kassieren zu wollen. Und am Freitag hat der Finanzsenator einfach mal eine E-Mail geschrieben. Zum äußersten Mittel, einer sogenannten Gesellschafteranweisung, musste er gar nicht erst greifen.

Sollten die Geschäftsführer der Gesellschaften darauf spekulieren, die beiden zuständigen Senatsverwaltungen gegeneinander ausspielen zu können, haben sie sich getäuscht. Lompscher und Kollatz-Ahnen ziehen an einem Strang. Vielleicht haben sich die Wohnungsscheffs sogar ins eigene Fleisch geschnitten. Am Donnerstag wird Lompscher die Anstalt öffentlichen Rechts vorstellen, die die sechs landeseigenen Unternehmen künftig auf die wohnungspolitischen Ziele der Koalition verpflichten, also an die kurze Leine legen soll.

Denn die Beschränkung der Mieterhöhungen ist nur das eine. Auch bei Modernisierungen sollen künftig nur noch 6 Prozent der Kosten auf die Mieter umgelegt werden können. Die Wohnungsbaugesellschaften wären dann tatsächlich – wie es Mieterinitiativen fordern – in erster Linie für die Mieter da. Nur die Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaften werden es noch lernen müssen. Die erste Lektion haben sie bekommen.



Samstag auf der Stadtrundfahrt in leichter Sprache, am Mikrofon: Rita Hübenthal-Montero Foto: Dagmar Morath

Einfach erklärt

SIGHTSEEING Die „Stadtrundfahrt in leichter Sprache“ zeigt Menschen mit geistiger Behinderung die Sehenswürdigkeiten Berlins

VON MALENE GÜRGEN

Die meisten der doppelstöckigen Sightseeing-Busse, die an diesem diesigen Samstagmittag am Hardenbergplatz stehen, sind leer. Es ist kein gutes Wetter für Stadtrundfahrten. Nur einer ist fast bis auf den letzten Platz besetzt: „Stadtrundfahrt in leichter Sprache“ steht auf einem Schild im Fenster. Rund 50 Menschen mit unterschiedlich schweren geistigen Behinderungen sitzen darin, dazu 13 BetreuerInnen der Wohngemeinschaften des Union-Hilfswerks, in denen diese Menschen zusammen leben.

Rita Hübenthal-Montero arbeitet ebenfalls als Betreuerin einer solchen WG, allerdings vor allem im Winter. Im Sommer liegt ihr Schwerpunkt auf ihrem anderen Job: Seit 16 Jahren führt sie Touristengruppen durch Berlin und Potsdam. „Vor einiger Zeit ist mir aufgefallen, dass es so ein Angebot für unsere Bewohner nicht gibt.“

Komplizierte Namen, vorausgesetztes historisches und politisches Wissen, sehr viel Information in kurzer Zeit: Die üblichen Stadtführungen sind für Menschen mit geistiger Behinderung kaum zugänglich. Hübenthal-Montero beschloss deswegen, ihre beiden Tätigkeiten zu verbinden und Stadtführungen anzubieten, die speziell auf Gruppen von Menschen mit geistiger Behinderung zugeschnitten sind. Die heutige Fahrt ist die erste, alle TeilnehmerInnen kommen vom Union-Hilfswerk – eine Art Testlauf mit den eigenen Leuten.

City West, Potsdamer Platz, East Side Gallery, Brandenburger

Tor: Der Bus fährt die Standard-Stationen einer Stadtrundfahrt ab. Hübenthal-Montero, mit dem Mikrofon in der Hand vorne im Bus, spricht aber anders als sonst: „Weil die Kirche nach dem Krieg so kaputt war, sollte sie weggemacht werden. Aber die Berliner haben gesagt: Nee nee, die bleibt hier!“ erklärt sie, als der Bus an der Gedächtniskirche vorbeifährt. Und sie passt die Inhalte an: „Normalerweise rede ich bei Stadtführungen für Berliner nicht viel über die Mauer, weil das ja bekannt ist, heute habe ich das aber mit reingenommen“, sagt sie.

Mit diesem ersten Testlauf ist Initiatorin Rita Hübenthal-Montero zufrieden

An die strengen Regel für leichte Sprache, die ein gleichnamiger Verein definiert hat und die zum Beispiel vorschreiben, möglichst keinen Konjunktiv zu verwenden und nur in Hauptsätzen zu sprechen, hält sie sich dabei nur teilweise. „Ich glaube, viele unserer Bewohner würden mir einen Vogel zeigen, wenn ich so mit ihnen rede, weil sie das überhaupt nicht gewohnt sind.“

Stattdessen orientiere sie sich daran, wie man mit einem zehnjährigen Kind sprechen würde: einfach und verständlich, aber auch nicht unterkomplex. „Ich darf die Teilnehmer auch nicht unterfordern, sonst langweilen die sich.“ Perspektivisch will sie das Niveau je nach Teilnehmergruppe anpassen, schließlich

gibt es innerhalb der Gruppe von Menschen mit geistigen Behinderungen große Unterschiede.

Auch schwierige Themen werden nicht ausgespart: Als der Bus am Denkmal für die Euthanasie-Opfer der Nazizeit am Kulturforum vorbeikommt, erklärt Hübenthal-Montero, was es damit auf sich hat – in verständlicher Sprache, aber ohne zu beschönigen.

Die Stimmung im Bus ist gut, die TeilnehmerInnen hören konzentriert zu und freuen sich, wenn sie Sehenswürdigkeiten wiedererkennen. „Ich weiß ganz viel schon aus der Schule, aber Rita erklärt es noch mal anders“, sagt Gerrit, der neben seinen Mitbewohnern im Oberdeck sitzt.

Als der Bus durch die Kreuzberger Oranienstraße fährt, darf Pierre ans Mikrofon, der hier in einer WG wohnt: In Kreuzberg gibt es viele Kinos und schöne Plätze, sagt er, nur die Drogendealer nerven ihn, die würde er gern abschaffen. Am Ende bekommt Pierre Applaus, den er verlegen lachend abwehrt, dass er gleichzeitig ganz schön stolz ist; das sieht man ihm an.

Mit dem ersten Testlauf ist Hübenthal-Montero zufrieden – und gleichzeitig gespannt, was ihr die anderen BetreuerInnen aus den Gesprächen hinterher berichten werden: Wie viel von den Informationen bleibt hängen, was war vielleicht doch noch nicht verständlich? So tragen die TeilnehmerInnen selbst dazu bei, dass das Konzept der Fahrten tatsächlich funktioniert.

berlin-in-leichter-sprache.de

Degewo und Co. erhöhen erst mal keine Mieten mehr

WOHNEN Auch die seit Januar gültigen Erhöhungen werden vielleicht wieder zurückgenommen

Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden auf Druck des Senats „ab sofort bis zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung“ keine Mieten mehr erhöhen. Das gab Degewo, Gewobag und Co. am Freitagnachmittag in einer gemeinsamen Pressemitteilung bekannt. Auch im Jahr 2017 bereits geltende Mieterhöhungen sollen demnach auf den Prüfstand. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften „erklärten sich bereit, in den abgestimmten Fällen Anpassungen rückwirkend vorzunehmen“, heißt es in der Mitteilung.

Rot-Rot-Grün hatte im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen ihre Mieten in den nächsten vier Jahren nur um maximal 2 Prozent erhöhen dürfen. Trotzdem verschickten die Gesellschaften in den vergangenen Wochen noch Tausende Mieterhöhungsverlangen (*taz berichtete*) mit Mietsteigerungen um bis zu 14 Prozent.

Dem erklärten Willen des Senats lief das zwar zuwider, rein rechtlich durften die Wohnungsbaugesellschaften aber so handeln: Die bisherige geltende Vereinbarung sieht eine Erhöhung der Miete von bis zu 15 Prozent in vier Jahren vor, erst der Abschluss einer neuen Kooperationsvereinbarung ist

für die Unternehmen bindend. „Offenbar versuchen die Wohnungsbaugesellschaften schnell noch das Maximum an Mieterhöhungen rauszuholen“, vermutete Reiner Wild vom Mieterverein.

Gespräche stehen an

Das hat der Senat nun offenbar unterbunden. „Ich bin erfreut darüber, dass die landeseigenen Gesellschaften einen Weg suchen, damit auch die Mieterhöhungen, die bereits seit 1.1.2017 in Kraft getreten sind, unter die Neuregelungen fallen“, ließ Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) verlauten. So würden die Unternehmen mit ihren über 300.000 Wohnungen „ihrer Rolle als wichtige Akteure einer sozialen Wohnungspolitik gerecht“.

Auch Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen zeigte sich zufrieden. Eine – wie im Koalitionsvertrag vorgesehene – Erhöhung der Miete um 2 Prozent jährlich vergrößere das Segment der preisgünstigen Wohnungen, gleiche aber auch Inflation und Mehrkosten aus. „Die Wohnungsbaugesellschaften können ihr ehrgeiziges Neubauprogramm fortsetzen.“ In den nächsten Wochen soll es nun Gespräche über die neue Kooperationsvereinbarung geben. **ANTJE LANG-LENDORFF**

Mauerstadt gegen Trump

Rund 1.200 Menschen haben am Samstag am Brandenburger Tor und vor der benachbarten US-Botschaft gegen das von US-Präsident Donald Trump erlassene Einreiseverbot für Menschen aus mehreren muslimischen Ländern protestiert. Zu der Demonstration unter dem Motto „NoBanNoWall“ (etwa: Kein Einreisestopp, keine Mauer) hatte The Coalition Berlin aufgerufen, in der sich Initiativen

von hier lebenden Amerikanern und anderen Berlinern zusammengeschlossen haben. Die Menge hielt meist auf Englisch verfasste Schilder hoch, auf denen sie etwa „Humanism first“ forderten, Brücken statt Mauern zu bauen oder den Faschismus zu stoppen. Eine Sprecherin von The Coalition hoffte, der Protestzug sei erst der Anfang einer wachsenden Bewegung. (*ga*) **Schwerpunkt SEITE 2**

Toter aus Britz identifiziert

Der Tote, der am Donnerstag in einem Park in Britz (Neukölln) gefunden wurde, ist ein 31-jähriger Syrer. Wie die Polizei am Sonntag mitteilte, hat der Mann bis September 2016 in einer Flüchtlingsunterkunft in Frankfurt (Oder) gelebt. In den vergangenen Wochen soll sich dieser laut Zeugenaussagen fast täglich im Bereich des U-Bahnhofs Grenzallee aufgehalten haben. Die 4. Mordkom-

mission sucht nun nach Zeugen. Die Polizei bittet deshalb um Hinweise zum Aufenthaltsort des Mannes in den vergangenen Wochen und sucht nach Menschen, die Kontakt zu ihm hatten. Außerdem rief die Polizei die Verwandten dazu auf, die Polizei zu kontaktieren. Auffällige Beobachtungen am U-Bahnhof Grenzallee oder am Fundort der Leiche sollten ebenfalls gemeldet werden. (*dpa*)

taz.café

Erfahrungsaustausch

Online vernetzen – Offline bewegen

Hier treffen sich Web-AktivistInnen, bürgerschaftlich Engagierte, PolitikerInnen und Unternehmen mit sozialer Verantwortung, um die Chancen neuer Medien für die Zivilgesellschaft zu diskutieren und Kontakte zu knüpfen.

Die Themen im Februar:

Online-Expertin **Eva Hieninger**, marketing4good, über die Bedeutung von Social Media im Wahlkampf 2017.

Till Hartmann, Animal Equality, stellt das 360°-Projekt iAnimal vor, das via Virtual Reality KonsumentInnen Einblick in die Massentierhaltung gibt

Bea Polei, Vorstandsreferentin der Stiftung Bürgermut, berichtet über den Einsatz von Webinaren in der Bildungsarbeit

Dienstag, 7. Februar, 19 Uhr

taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23
Berlin-Kreuzberg | Eintritt frei

socialbar
socialbar.de/berlin

NACHRICHTEN

STRASSENVERKEHR

Unsicherer Schulweg

Berliner Schüler haben im Jahr 2015 auf dem Schulweg insgesamt 2.720 Unfälle erlitten. Das geht aus der Antwort der Schulverwaltung auf eine Anfrage des Abgeordneten Harald Moritz (Grüne) hervor. Die Zahlen stammen von der Unfallkasse Berlin; diese erwartet 2016 eine ähnliche Größenordnung. Etwa die Hälfte aller Unfälle passierte im Straßenverkehr. An der Werbellinsee-Grundschule war zuletzt der Einsatz von Schülerlotsen abgebrochen worden, die Lotsen seien regelrecht drangsaliert worden. (*dpa*)

67. BERLINALE

Ab heute Tickets

Das Schlangestehen beginnt: Drei Tage vor der 67. Berlinale startet heute der Vorverkauf für die Tickets. Die Preise liegen zwischen 4 Euro für das Kinderprogramm und 14 Euro für die Filme im Wettbewerb. Tickets gibt es in den Potsdamer Platz Arkaden, im Kino International, im Haus der Berliner Festspiele und in der Audi City am Kurfürstendamm. Im Internet sind ebenfalls Karten erhältlich. Mit Glück bekommt man sie auch an den Tageskassen der Kinos. 2016 wurden rund 336.000 Tickets verkauft. (*dpa*)

taz.café

Veranstaltungsreihe „PR trifft Journalismus“

Feindliches Gebiet?

Diskussion ohne Ende – wie regeln wir das?

„Journalisten machen keine PR“ – so der Pressekodex. Doch passt das noch in eine Zeit, in der freie Journalisten auch PR-Aufträge annehmen? Und wie umgehen mit der wachsenden Nachfrage nach Content-Marketing? Müssen sich Journalisten beiden Berufsfelder öffnen? Die Veranstaltungsreihe „PR trifft Journalismus“ thematisiert diese sich verändernden Anforderungen an PR und Journalismus.

Eine Kooperation von Bundesverband Deutscher Pressesprecher, DJV Berlin und mekolab

Bundesverband deutscher Pressesprecher

DJV Berlin

mekolab

Donnerstag, 9. Februar 2017 um 19 Uhr | Eintritt frei
taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23, Berlin-Kreuzberg